

**Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2011 in den Rat am 26.11.2010**

Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

nach den Haushalten 2008, 2009 und 2010 müssen wir zum vierten Mal in Folge einen defizitären Haushalt einbringen. Für den Haushalt 2011 wird – Frau Unger hat es bereits erwähnt – ein Defizit im Ergebnisplan von 12,9 Mio. € prognostiziert. Gegenüber den 22,5 Mio. €, die wir als Fehlbetrag in der mittelfristigen Finanzplanung für das kommende Jahr ausgewiesen hatten, ist dies eine deutliche Verbesserung um 10 Mio. €. Das Defizit liegt bei 4,17 % des Eigenkapitals, und damit unter der 5 % Marke, deren zweimalige Überschreitung uns in die Haushaltssicherung gebracht hätte. Die Haushaltssicherung ist damit zunächst einmal abgewendet, da wir für den gesamten Finanzplanungszeitraum keine Defizite über 5 % mehr prognostizieren.

<b>Entnahmequote allgem. Rücklage</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Deckung aus Ausgleichsrücklage	0	0	0	0
Verbleibender Fehlbetrag	-12,941	-12,944	-9,316	-7,873
Allgem. Rücklage				
31.12. d. Vorjahres	310,574	297,633	284,689	275,373
<b>Entnahmequote in %</b>	<b>-4,17</b>	<b>-4,35</b>	<b>-3,27</b>	<b>-2,86</b>

Dies ist eine erfreuliche Botschaft. Eine gute Nachricht ist auch, dass mit dieser Verbesserung im Jahr 2011 für den laufenden Aufwand, keine fundierten Kassenkredite aufgenommen werden müssen.

Tatsache ist aber auch, dass trotz intensiver Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre mit einem Volumen von 15 Mio. €, trotz verbesserter Steuereinnahmen und trotz deutlich verbesserter Schlüsselzuweisungen ein Defizit von 12,9 Mio. € verbleibt. Im gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2014 können wir nach den heutigen Erkenntnissen und Annahmen keinen ausgeglichenen Haushalt prognostizieren. Wir werden 2011 auch keinen Eigenfinanzierungsbeitrag für Investitionen erwirtschaften

können, d.h. alle Investitionen müssen über Kredite finanziert werden. Trotz aller Erleichterung, dass es nicht ganz so schlimm gekommen ist, wie noch vor einem Jahr prognostiziert, bleibt dies eine ernüchternde Erkenntnis. Die Öffentlichkeit und manchmal auch die Politik gewöhnen sich schnell an die großen Defizite und wenn dann von Verbesserungen die Rede ist, gibt es sofort Begehrlichkeiten, sei es für weitere Ausgaben oder für Abgabensenkungen. Um es noch einmal mit Nachdruck zu sagen, wir haben jetzt keine 10 Mio. € über, sondern nur ein um 10 Mio. € geringeres Defizit.

Die Verbesserungen des Haushalts sind allein dem Finanzbudget zu verdanken, welches mit einem um 12,7 Mio. € verbesserten Überschuss abschließt.

Was man vor einem Jahr nicht vorhersehen konnte und nicht einmal zu hoffen wagte, war die schnelle Erholung der Wirtschaft aus den Tiefen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Hoffentlich bleibt es auch dabei. Bereits die Gewerbesteuererinnahmen des Jahres 2010 haben sich gegenüber den Annahmen des Haushaltsplans um 4,7 Mio. € netto verbessert.

Wir haben daher die begründete Erwartung, dass sich dies auch im Jahr 2011 positiv fortsetzen und zu Mehreinnahmen gegenüber der Finanzplanung führen wird. Was wir auch zum damaligen Zeitpunkt nicht wissen konnten, was sich nun aber im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs positiv auswirken wird, ist die Tatsache, dass die Steuereinbrüche in Gütersloh in der entsprechenden Referenzperiode weit über dem Landesdurchschnitt lagen. Im Rahmen des allgemeinen Klagens der Städte und Gemeinden über Steuereinbrüche und unzureichende Finanzausstattung haben wir die in Gütersloh zu verkraftenden Steuerrückgänge von 23,4 % für einen allgemeinen Trend im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise gehalten. Tatsächlich hat sich jedoch herausgestellt – und dies wissen wir seit September dieses Jahres – dass die Steuerrückgänge im Landesschnitt nur 8,8 % betragen haben. Dieser weit überdurchschnittliche Rückgang unserer Steuerkraft gegenüber dem Landesschnitt berechtigt nun zu der Erwartung, dass wir im Jahr 2011 zum Ausgleich mit höheren Schlüsselzuweisungen rechnen können. Die genaue Höhe steht zwar noch nicht fest, da das Land die Höhe der Schlüsselzuweisungen noch nicht bekannt gegeben hat, aber die Tendenz scheint einigermaßen sicher. Nach neuesten Informationen wird das Land die Höhe der Schlüsselzuweisungen erst mit der Einbringung des Landes-

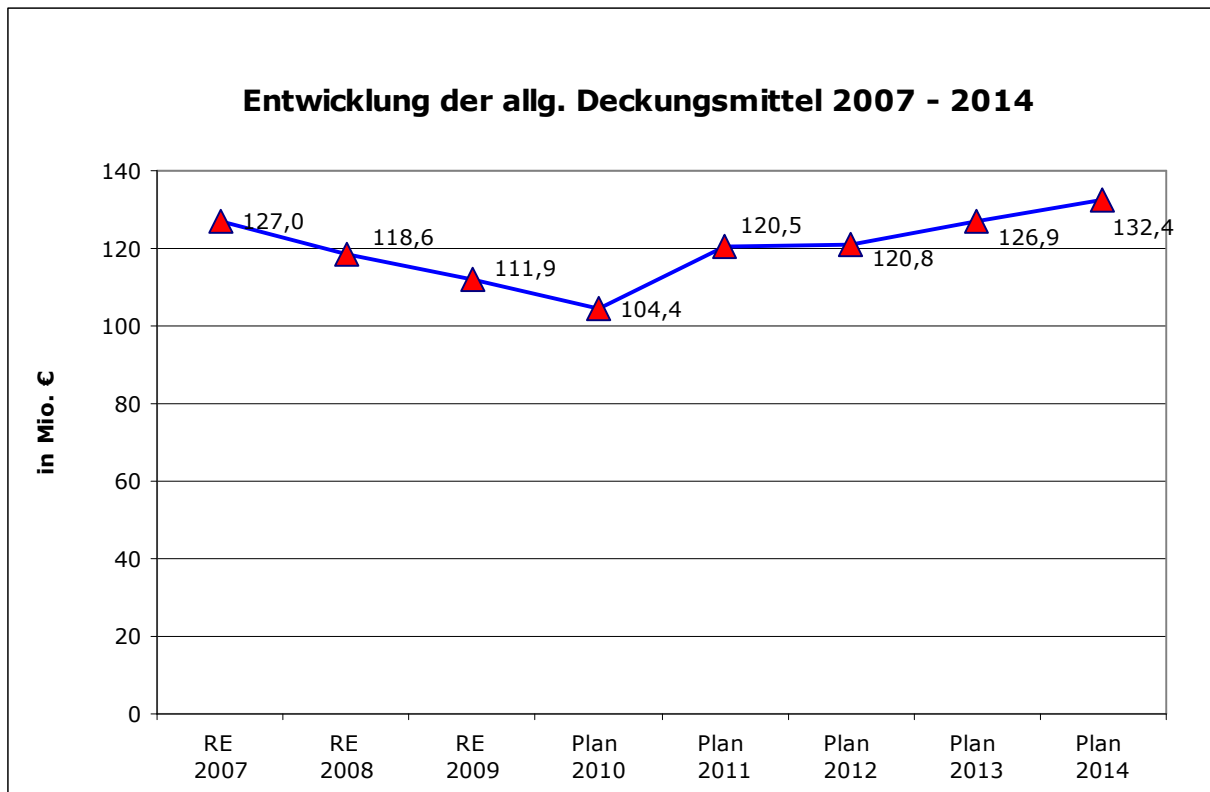
haushalts Anfang Februar im Rahmen einer ersten Probeberechnung bekannt geben.

Bei der deshalb erforderlichen eigenen Kalkulation der Schlüsselzuweisungen sind wir vorsichtig-optimistisch herangegangen und veranschlagen diese mit 12 Mio. €. Das Land arbeitet bekanntlich an einer Kommunalfinanzreform. Ein erklärtes Ziel ist es, den besonders verschuldeten und finanzschwachen Kommunen zu helfen. Zu dieser Gruppe gehört Gütersloh nicht. Es ist nicht auszuschließen, dass das Land die Hilfe für die überschuldeten Kommunen mindestens teilweise durch Umverteilung innerhalb der kommunalen Familie organisieren will. Dies könnte sich mindernd auf die Schlüsselzuweisungen auswirken. Sollten sich dennoch hier weitere Verbesserungen im Laufe des Beratungsverfahrens ergeben, müssen diese in vollem Umfang zur Senkung des Defizits eingesetzt werden.

Die Unsicherheiten bei der Höhe der zu erwartenden Schlüsselzuweisungen treffen auch den Kreis Gütersloh und damit wiederum uns hinsichtlich der Kreisumlage. Der Kreis geht hier etwas optimistischer heran als wir und kommt dementsprechend zu einer etwas geringeren Kreisumlage, als wir sie eingestellt haben. Auch hier können sich also im Laufe des Beratungsverfahrens noch Verbesserungen des Finanzbudgets ergeben.

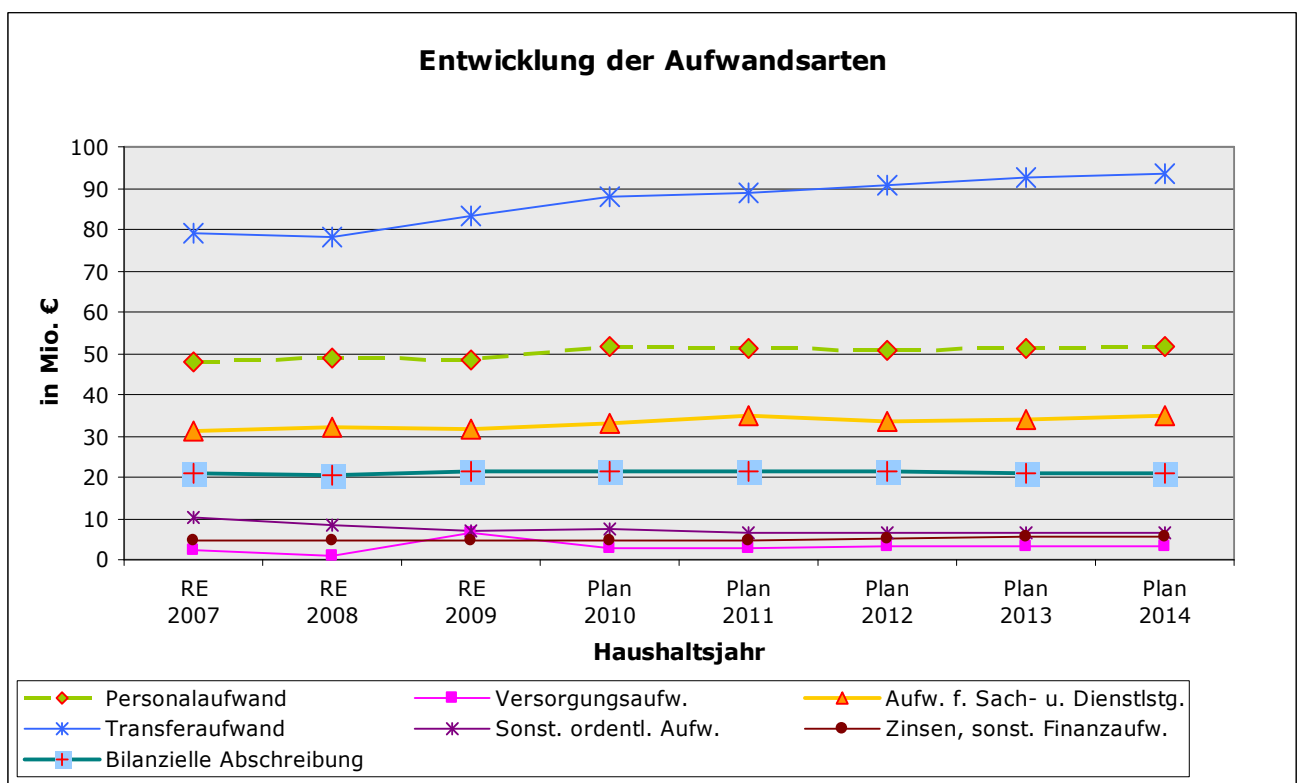
Bei der Einkommens- und Umsatzsteuerbeteiligung liegen dem eingebrachten Haushalt noch die Daten der Steuerschätzung vom Mai 2010 zugrunde – dies hängt mit unserem Redaktionsschluss Ende Oktober zusammen. Die Verbesserungen auf der Grundlage der Novembersteuerschätzung, die seit dieser Woche auch in regionalisierter Form vorliegen, bringen noch einmal Verbesserungen um weitere 1,4 Mio. €. Wenn sich im Laufe des Beratungsverfahrens keine gegenläufigen Veränderungen ergeben, würde dies das Defizit auf 11,5 Mio. € drücken.

Die Folie



zeigt, dass wir im Finanzplanungszeitraum bei der Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel noch nicht den Höhepunkt erreicht haben.

Beim Blick in die Zukunft darf man die Steigerungstendenz der Aufwandsseite nicht vernachlässigen.



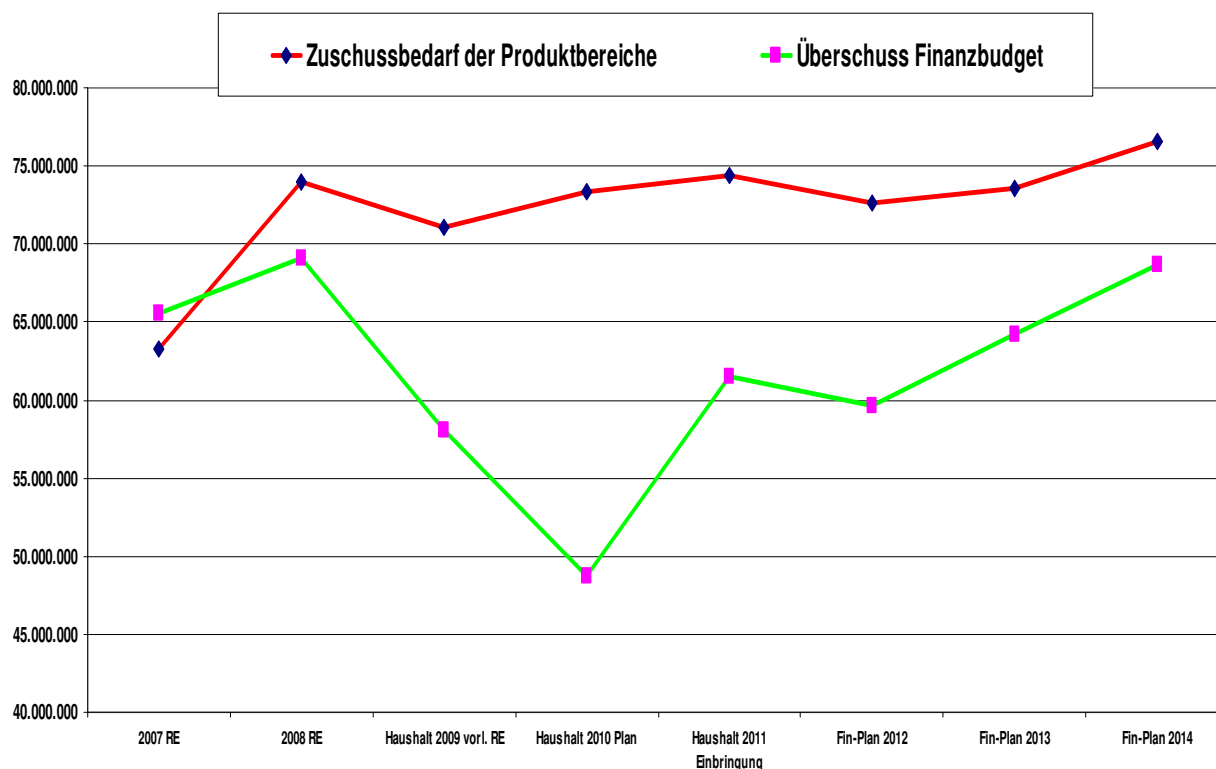
Besonders dynamisch entwickeln sich dabei die Transferaufwendungen mit erwarteten Steigerungen von 7 Mio. € innerhalb des Finanzplanungszeitraums. Davon entfallen allein 4,6 Mio. € auf die Steigerung der Kreisumlage. Hinzukommen die üblichen Steigerungen im Bereich der Hilfe zur Erziehung – im Finanzplanungszeitraum von plus 1,1 Mio. €, wobei ich darauf hinweisen muss, dass uns hier trotz des Bemühens ausreichende Haushaltsansätze zu bilden, die Wirklichkeit häufig überholt hat. Auch die Zuwächse im Bereich der Kindertageseinrichtungen, insbesondere durch den Ausbau des Angebotes für die unter Dreijährigen, entwickeln sich aus Kämmersicht – so sinnvoll und begrüßenswert dies auch bildungs- und gesellschaftspolitisch ist – zu einem Faktor, der jegliche Konsolidierungsbemühungen konterkariert. Allein dieser Bereich weist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 1,0 Mio. € auf. Minderausgaben in anderen Bereichen können die Steigerungen nur teilweise kompensieren. Auch im Bereich der Kindertagesbetreuung plant das Land NRW weitreichende Gesetzesänderungen, unter anderem auch ein beitragsfreies 3. Kindergartenjahr. Ich kann das Land nur davor warnen, Veränderungen des Systems wieder zu Lasten der kommunalen Haushalte vornehmen zu wollen. Wer bestellt, muss auch bezahlen.

Gestoppt werden konnte hingegen vorerst das weitere Anwachsen der Personalkosten. Trotz eingeplanter Tarif- und Besoldungserhöhungen, dem Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge und Mehraufwand für Alterszeit können diese Mehraufwendungen durch Personalreduzierungen nicht nur aufgefangen, sondern sogar geringfügig verringert werden. Dies soll sich im gesamten Finanzplanungszeitraum fortsetzen. Dies ist in meinen Augen ein guter Erfolg.

Ich kann Frau Unger nur beipflichten, dass der vor einem Jahr hier im Rat mehrheitlich gefasste Beschluss, die Personalkosten bis zum Jahr 2015 um 10 % zu senken, in dieser Dimension völlig unrealistisch ist. Bei knapp 1000 Mitarbeitern in dieser Verwaltung sind dies fast 100 Stellen, die abgebaut werden müssten und sogar 140 Stellen, wenn auch noch die linearen Tarifsteigerungen mit aufgefangen werden sollen, wie das in dem Ratsbeschluss offenbar gemeint war. Etwa 30 % unserer knapp 1000 Mitarbeiter arbeiten im Fachbereich Jugend und Bildung, also in einem Bereich wo nach großer Übereinstimmung in diesem Rat nicht gespart werden soll und auch objektiv kaum gespart werden kann. 8,5 von 10,6 vorgesehenen Stellengründungen im nächsten Jahr betreffen diesen Fachbereich. In den letzten 10 Jahren sind im

Saldo bereits 89 Stellen abgebaut worden, in absoluter Höhe noch wesentlich mehr, da gleichzeitig vor allem in den Bereichen Jugend und Feuerwehr Personal aufgestockt werden musste. Die von Ihnen immer vermutete Luft in dieser Verwaltung ist längst nicht mehr vorhanden. Meine Damen und Herren, seien Sie realistisch und verbrauchen Sie nicht unsere Kraft und die Motivation unserer Mitarbeiter mit fruchtlosen Grundsatzdebatten. Die Verwaltung wird weiterhin jede Möglichkeit der Effizienzsteigerung, die sich bietet, zum Personalabbau nutzen und wird sich auch nicht verschließen, wenn künftig kommunale Leistungen und Angebote gekürzt oder aufgegeben werden sollen. Aber die von Ihnen vorgegebenen Dimensionen werden damit nicht zu erreichen sein.

Meine Damen und Herren, nach meiner Überzeugung haben wir unsere Hausaufgaben zur Haushaltskonsolidierung weitgehend gemacht. Das Potential zur Einnahmesteigerung ist mehr oder weniger ausgeschöpft, Effizienzreserven gibt es kaum noch und auch die Aufgabenkritik kommt an ihre Grenzen. Ohne eine nachhaltige Verbesserung des kommunalen Finanzsystems ist ein Haushaltsausgleich nicht zu schaffen.



Mit dieser Meinung stehe ich nicht allein. Die kommunalen Spitzenverbände konnten deutlich machen, dass ein Großteil der kommunalen Defizite ihre Ursache in der ste-

tig steigenden Aufgabenübertragung von Bund und Land an die Kommunen bei unzureichender Finanzausstattung und Gegenfinanzierung haben. Auch die Gerichte kommen den Kommunen zur Hilfe. So hat erst kürzlich der Verfassungsgerichtshof NRW einen klaren Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip bei der Kindergartenfinanzierung gerügt und festgestellt, dass das Land den Kommunen die Kosten für den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung erstatten müsse. Mittlerweile werden diese Ursachen von Bund und Land auch nicht mehr bestritten. So hat Bundesfinanzminister Schäuble zugesagt, einen größeren Beitrag zur Finanzierung der sozialen Leistungen aus dem Bundeshaushalt zu übernehmen. Das Land Nordrhein-Westfalen arbeitet an einer Verbesserung des kommunalen Finanzsystems. Diesen Ankündigungen müssen nun aber auch Taten folgen und zwar in einem Umfang, der über Marginalien hinausgeht. Ich erwarte hier, ja ich fordere strukturelle Verbesserungen der kommunalen Haushalte, die auch Städten wie Gütersloh zugute kommen und nicht bei den überschuldeten Kommunen hängen bleibt. Aber es wäre naiv zu glauben - angesichts der eigenen Haushaltsprobleme von Bund und Ländern -, dass diese Hilfe uns aller Probleme entledigen wird. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung werden deshalb weiterhin von Nöten sein, aber bitte in realistischen Dimensionen. Jede irgendwie gestalt- oder verzichtbare Ausgabe muss letztlich die Prüfung bestehen, ob es gerechtfertigt ist, dafür Schulden aufzunehmen, die von unseren Kindern in der Zukunft abbezahlt werden müssen. Und da es hundertmal einfacher ist, neue Maßnahmen und Aufgabenerweiterungen abzulehnen als bestehende Aufgaben zu reduzieren, kann ich nur an Sie appellieren, jeglichen Erweiterungswünschen zu widerstehen.

Bei der Bewältigung der weiterhin bestehenden Konsolidierungsaufgaben haben wir uns einen weiteren Partner ins Boot geholt – den Bürger. Die Stadt Gütersloh hat sich entschlossen ein Bürgerhaushaltsverfahren durchzuführen. Wir wollen die Bürger zu Beginn des Beratungsprozesses um seine Meinung zu den Haushaltspositionen fragen. Dazu ist eine Internetplattform entwickelt worden, die in diesen Minuten ans Netz gegangen ist. Unter [www.buergerhaushalt.guetersloh.de](http://www.buergerhaushalt.guetersloh.de) kann jeder Bürger mit uns Kontakt aufnehmen, Vorschläge zum Haushalt abgeben und die Vorschläge anderer bewerten. Auf die Plattform eingestellt sind weiterhin spezifisch aufbereitete Informationen zum Haushalt, die den Bürger in die Lage versetzen sollen, sein Votum auch verantwortungsbewusst abgeben zu können. Der Bürger muss wissen wie es um die öffentlichen Haushalte steht und was das für zukünftige Konsequenzen

hat. Ohne sachliche Information, ohne Grundkenntnis der Zusammenhänge hängt jede Bürgerbeteiligung letztlich in der Luft. Ich hoffe, dass unsere Bürgerschaft auch diesen – zugegebenermaßen etwas anspruchsvolleren Teil des Bürgerhaushalts zur Kenntnis nimmt.

Wir erhoffen uns von diesem Verfahren die Vorstellungen der Bürger kennen zu lernen und in die Entscheidungen der Stadt Gütersloh einbeziehen zu können. Wir bieten eine ernstgemeinte Beteiligung an. Anders als andere Kommunen haben wir unseren Haushalt in jeder Beziehung dem Beteiligungsverfahren geöffnet. Der Bürger kann die von der Verwaltung eingestellten Sparideen bewerten und kommentieren, er kann selbst eigene Spar- und Einnahmenvorschläge aber auch Ausgabevorschläge machen und die Vorschläge anderer Bürger bewerten und kommentieren. Er kann sich zu den vorgesehenen Investitionen äußern. Der Bürger kann hier zum Berater von Politik und Verwaltung werden. Ob die Ratschläge umgesetzt werden, hängt sicherlich auch von der Qualität und Ernsthaftigkeit der Beiträge ab; entscheiden muss aber in jedem Fall der demokratisch gewählte Rat in eigener Verantwortung.

Wir wollen den Bürgerhaushalt auch nicht zu einem einmaligen Ereignis werden lassen, sondern der Bürgerhaushalt 2011 soll der Auftakt sein, künftig bei jeder Haushaltsaufstellung den Bürger einzubeziehen.

Noch ein Wort zu der Sparliste der Verwaltung. Es ist uns außerordentlich schwer gefallen, nach 2 ½ Jahren Konsolidierungsanstrengungen und 15 Mio. € Konsolidierungsvolumen noch weitere Vorschläge zu benennen. Diese haben letztlich nur einen Umfang von ca. 1 Mio. € erreicht und stellen häufig nur ein Weiterschrauben bereits bekannter Maßnahmen dar. Diese Liste ist auch innerhalb der Verwaltung und des Verwaltungsvorstands nicht unumstritten. Oft haben gerade die jeweiligen Fachdezernenten die größten Bauchschmerzen mit dem jeweiligen Vorschlag. Man würde jedoch der Idee des Bürgerhaushalts nicht gerecht werden, wenn nun vorrangig kritisiert würde, dass der eine oder andere Vorschlag benannt worden ist oder dass der eine oder andere Vorschlag fehlt. Die Vorschläge sollen bewertet und nicht der Fragesteller kritisiert werden, weitere Vorschläge können von jedermann – auch von der Politik – eingestellt werden. Ich kann nicht gänzlich ausschließen, dass der mäßige Umfang der Vorschlagsliste Ausfluss einer gewissen Betriebsblindheit oder einem übermäßigen Ressortdenken der Verwaltung entspringt und Bürgerschaft und Politik

hier größere Kreativität und Entschlussfreude aufbringen. Vielleicht kommen aber auch alle gemeinsam zu dem Ergebnis, dass das Konsolidierungspotential weitgehend ausgeschöpft ist. Wie es auch kommen wird – in jedem Fall werden wir am Ende um viele spannende Erfahrungen reicher sein.

Die Erarbeitung des Bürgerhaushaltes war für uns eine wirkliche Kraftanstrengung, die von ohnehin stark ausgelasteten, wenn nicht überlasteten Mitarbeitern geleistet worden ist. Aber sie hat mir und ich glaube auch dem engeren Kreis der Beteiligten großen Spaß gemacht. Herzlichen Dank vor allem Herrn Monscheidt, Frau Zimmermann, Herrn Dr. Kremer mit Ihren jeweiligen Teams und den übrigen Fachbereichen für die gute Unterstützung. Es war eine tolle Leistung. Die damit verbundene Arbeit ist allerdings noch lange nicht zu Ende, sondern geht jetzt erst in die Phase 2 über.

Aber es gilt nicht nur Dank zu sagen für die Erarbeitung des Bürgerhaushalts, sondern wie jedes Jahr auch für die Erarbeitung des Haushalts insgesamt. Dafür wiederum Herrn Monscheidt, H. Rokahr, Frau Warkus, Frau Gerhartinger und den anderen beteiligten Mitarbeitern der Kämmerei und der übrigen Fachbereiche meinen herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, ich wünsche uns für unsere Stadt gute und konstruktive Haushaltsplanberatungen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.